

“Die Zukunft Deutschlands entscheidet sich in den Kommunen. Von ihrer Leistungsstärke hängt die Lebensqualität ab.” Klaus Wowereit, 18. 11. 2010

**Rede des Vorsitzenden der SPD-Ratsfraktion Dieter Fleskes
zur Verabschiedung des Haushaltes 2011
16. Dezember 2010 / Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, meine Damen und Herren, liebe Gäste der heutigen Sitzung,

nach den Klageliedern der letzten Jahre gibt es heute durchaus Anlass, etwas fröhlichere Töne anzustimmen. Das hat Gründe:

1. die Wirtschaft erholt sich,
2. die Gemeindefinanzkommission bewegt sich in die richtige Richtung - zumindest nach dem aktuellen Stand,
3. und: wir haben eine neue Landesregierung!

Wir erleben nach der schweren Finanz- und Wirtschaftskrise einen erfreulich schnellen Aufschwung. Die Wachstumsprognosen sind gut, die Arbeitslosenzahlen sinken. Das verbessert die Ausgangslage für die Etatkonsolidierung, aber der Weg zum ausgeglichenen Haushalt bleibt ein anstrengender.

Von 396 nordrheinwestfälischen Gemeinden weisen 8 einen ausgeglichenen Haushalt auf, 388 geht es schlecht. Dass Bochum dabei - wie uns der Kämmerer erklärt - im oberen Mittelfeld liegt, mag ein wenig trösten. Hilft aber nicht. 137 Städte befinden sich im Nothaushaltsrecht. 35 sind überschuldet. Da stellt sich die Frage, ob - bis auf die 8 Glücklichen, die alles richtig gemacht haben - alle anderen 388 selber Schuld sind.

Zu den acht Glücklichen gehören z. B. Niederzier, Elsdorf, Nettersheim - Städtchen auf dem Lande. Nettersheim hat weder Realschule noch Gymnasium, für den Sport steht ein Lehrschwimmbecken zur Verfügung. Das kulturelle Leben bestreiten Kirchenchor und Theaterverein.

Wenn das die Bedingungen sind, unter denen ein ausgeglichener Haushalt noch möglich ist, dann kann das in Städten wie Bochum nicht funktionieren. Wir halten die Infrastruktur bereit und bezahlen sie auch für den Speckgürtel.

Es bleibt dabei, was wir seit langem beklagen: Die Städte sind unterfinanziert, die gesamtstaatlichen Einnahmen sind ungerecht verteilt, die Überladung mit Aufgaben ohne gesicherte Finanzierung ist eine Überforderung. Wir sind nicht die ewigen Nörgler, die jammern, dass sie kein Geld haben! Wir arbeiten an der Konsolidierung der Haushalte mit aller Kraft. Wir akzeptieren nur nicht, dass unsere Anstrengungen oft mit einem einzigen Federstrich - mit einer einzigen Gesetzesänderung - zunichte gemacht werden.

Und die Partei, die das am besten kann, ist zweifellos die FDP. Niemand in unserem Land betreibt eine kommunalfeindlichere Politik. Wo die FDP mitmisch, ziehen die Kommunen den Kürzeren. Diese Gefahr ist auf Landesebene seit der Landtagswahl gebannt. Auf Bundesebene leider noch nicht.

Wir sind froh, dass die Gemeindefinanzkommission die Vorschläge der FDP bislang - ich betone bislang! - verworfen hat. Zum Beispiel die Abschaffung der Gewerbesteuer - zugunsten der Wirtschaft, zum Schaden der Bürger. Ausgerechnet die Einnahme, der wir verdanken, dass es uns ein wenig besser geht. Um brutto 2,1 Mrd. Euro wird sie bundesweit gegenüber 2009 steigen. Für Bochum können die Ansätze für 2011 und 2012 erhöht werden. Und ich gehe davon aus, dass hier noch einmal eine Korrektur nach oben drin ist, wenn die Steuerschätzung im Mai vorliegt.

Die Zusage des Bundesinnenministers, dass die Gewerbesteuer mit ihrer bisherigen Bemessungsgrenze erhalten bleibt und der Bund die Städte um 4 Mrd Euro bei der Grundsicherung unterstützt, sind beruhigende Signale. 4 Mrd. Euro bringen allerdings dann wenig Entlastung, wenn die Sozialausgaben in den nächsten Jahren um genau diesen Betrag ansteigen.

Denn es ist die erdrückende Last der von den Städten zu tragenden hohen Sozialausgaben, die jede Kommunalpolitik lahmlegt. Deshalb ist eine höhere Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft unabdingbar. Gerade die finanzschwachen Kommunen mit hoher Arbeitslosigkeit brauchen diese Entlastung. Ohne eine grundlegende Reform, die diese Lasten neu verteilt, ist jedes Haushaltssicherungskonzept verlorene Liebesmüh.

Wir haben in erster Linie ein Ausgabeproblem. Aber nicht bei einer Summe von 25.000 Euro für ein Tiergehege, sondern z. B. bei inzwischen 93 Mio. Euro für die Kosten der Unterkunft oder bei über 66 Mio. Euro für die Kosten der Hilfe zur Pflege, der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen oder der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Das Problem der Altersarmut ist doch nicht dadurch gelöst, dass wir auf kommunaler Ebene für die Grundsicherung aufkommen.

Den Vorschlag der Gemeindefinanzkommission, einen kommunalen Zuschlag auf die Einkommenssteuer zu erheben, halte ich für grundlegend falsch. Genau

die Städte mit hoher Arbeitslosigkeit und hohen Sozialkosten wären gezwungen, so ein Instrument auszureizen, während reichere Städte darauf verzichten werden. Das verstärkt den Hang der Menschen, die Infrastruktur der großen Städte zu nutzen, aber sich im gemütlichen Umland niederzulassen, wo man zudem noch Steuern spart. Ich halte das für fatal.

Trotz relativ guter Aussichten sind die strukturellen Finanzprobleme der Städte also keineswegs gelöst: Ein erneutes Rekorddefizit von bundesweit rund 12 Mrd. Euro - erstmals im zweistelligen Milliardenbereich; eine Verschuldung durch Kassenkredite von 40 Mrd. Euro; ein Anstieg der Sozialausgaben auf 42 Mrd. Euro. Das schreit geradezu nach schnellen Lösungen!

Und die neue Landesregierung zeigt Bereitschaft, aus der Einsicht in die Finanzmisere der Städte tatsächlich Konsequenzen zu ziehen. Das war in den Jahren zuvor ganz anders! Da folgten den verständnisvollen Worten prompt neue Belastungen! Da mussten wir erst vom Landesverfassungsgericht die Bestätigung einholen, dass die Konnexität von Aufgaben und ihrer Finanzierung keine Option, sondern Gesetz ist! Und es war gesetzeswidrig, die Kommunen den Ausbau der U 3 Betreuung finanzieren zu lassen.

Die Missachtung des Konnexitätsgesetzes verhindert unseren Etatausgleich: Mit 90 Mio. Euro finanzieren wir Aufgaben von Bund und Land. So kommen wir mit unserer Haushaltskonsolidierung auf keinen grünen Zweig. Der Solidarbeitrag hat uns seit der Einigung mehr als 150 Mio. Euro gekostet. Inzwischen wünscht sich Gelesenkirchen mit Chemnitz gleichziehen zu können!

Wir sehen, dass die neue Landesregierung das Konnexitätsgesetz ernst nimmt und wir begrüßen ausdrücklich das geplante Gesetz zur Revitalisierung des Gemeindefinanzrechts. Es wird - auch hier - die Fehlentscheidungen der Vorgängerregierung zurücknehmen. Die Bedingungen für eine wirtschaftliche Betätigung der Kommunen sind dann wieder so, dass unsere Stadtwerke eine echte Chance haben, sich auf dem Energiemarkt im Wettbewerb zu behaupten. Und das werden sie tun. Wir sind erlöst vom Dogma "Privat vor Staat". Selbst die Landes-CDU - befreit von ihren radikal liberalen Freunden - gibt inzwischen zu, dass die Fesseln, die kommunalen Unternehmen auferlegt worden sind, existenzbedrohend waren. Die Einsicht kommt zu spät - für die CDU zu spät!

Schön, dass sie zumindest den Antrag der Regierungskoalition unterstützt *"Kommunen in Nordrhein-Westfalen müssen handlungs- und zukunftsfähig bleiben - Der nordrheinwestfälische Landtag bleibt Partner und Anwalt der Kommunen"*.

Es geht darum,

- dass der Bund sich ab 2011 dynamisch zur Hälfte am Aufwand für die Soziallasten beteiligen muss.
- dass die Landesregierung sich in der Gemeindefinanzkommission für

- eine nachhaltige Entlastung der Kommunen einsetzt.
- dass das GFG mit einer Verbundsatzquote von 23 Prozent als verlässliche Grundlage der kommunalen Finanzausstattung bestehen bleibt.
- dass Kommunen, die besonders stark auf Liquiditätskredite angewiesenen sind, ab 2011 eine spürbare Entlastung erhalten.
- dass das Land daran jährlich einen Anteil von 300 - 400 Mio. Euro trägt.

Und ich halte auch die geplante Lockerung der Vorgaben zur Genehmigungsfähigkeit des Haushaltssicherungskonzeptes (§ 76 GO) für hilfreich. Eine Zeitung schrieb, das sei "populistisch" und fordert statt dessen das große Konzept! Ich sage: Wir warten schon viel zu lange auf große Konzepte. Jetzt brauchen wir kurzfristige Entscheidungen, die den Weg der Konsolidierung, den wir natürlich strikt weiter gehen, etwas weniger beschwerlich macht.

Die FDP redet von einer Rückkehr zur "alten Mentalität der Schuldenmacher". Wer derart arrogant und an jeder kommunalen Realität vorbei urteilt, ist zurecht aus der Regierung geflogen. Es geht nicht um eine Hängematte, die die Städte von der Pflicht erlöst, rigoros zu sparen. Wir warten nicht auf den Geldsegen von Bund und Land. Es geht darum, soziale Grausamkeiten zu vermeiden, die wir jedenfalls nicht wollen. Und es geht darum, die Infrastruktur der Städte zu retten. Es ist doch offensichtlich, wie sehr die kommunale Infrastruktur im ganzen Land unter der gegenwärtigen Finanzmisere leidet.

Wir sind der großen Koalition im Bund noch immer sehr zu Dank verpflichtet für das Konjunkturpaket I und II. Die Entscheidung, in einer wirtschaftlichen Krise Investitionen zu ermöglichen, war richtig. Den Kommunen tat es gut und der Wirtschaft auch: Das Uni-Bad, Schulgebäude und Kindertagesstätten wurden energetisch saniert; endlich konnte mit der Rathaussanierung begonnen werden; Lärmsanierungen an Straßen wie Castroper Hellweg oder Wittener Straße wurden bzw. werden durchgeführt. Drei Viertel des Auftragsvolumens bleibt bei Bochumer und Ruhrgebiets-Firmen!

Wir müssen natürlich auch sehen, dass am Ende des nächsten Jahres das Programm abgeschlossen ist. Wir müssen verhindern, dass die Bau- und Handwerksunternehmen dann vor einem Einbruch stehen. Wir müssen nach 2011 in der Lage sein, deutlich mehr zu investieren als heute. Es geht um den Erhalt von Arbeitsplätzen in unserer Stadt.

Völlig kontraproduktiv ist deshalb die Entscheidung der schwarz-gelben Bundesregierung, die Städtebaufördermittel um 155 Mio. Euro zu kürzen. Das sind Investitionen, mit denen wir strukturelle und soziale Probleme in einzelnen Wohngebieten beheben können. Ganz abgesehen davon, dass jeder Euro des Bundes an dieser Stelle ein vielfaches an weiteren öffentlichen und privaten Investitionen bedeutet.

Die Hustadt hat - genauso wie das Westend - vom Stadtumbau-Programm erheblich profitiert. Ein hoher Integrationsbedarf, eine hohe Mieterfluktuation, ein anonymes Nebeneinanderwohnen - mit dem Stadtumbau ist es gelungen gegenzusteuern und eine Siedlung mit einer problematischen Entwicklung wieder lebenswert zu machen. Das ist soziale Prävention im besten Sinne des Wortes.

Wir wollen die erfolgreiche Arbeit in der Hustadt und im Westend in anderen Stadtteilen fortsetzen. Besonderer Handlungsbedarf besteht für Wattenscheid-Zentrum und Wattenscheid-Heide. Die Untersuchung der Innovationsagentur NRW hat das bestätigt. Wenn von dem Förderansatz für das Programm „Soziale Stadt“ allerdings von 95 Mio. Euro nur noch 28 Mio. Euro übrig bleiben, weiß ich nicht, wie sich unsere Ziele noch umsetzen lassen. Die Bundesregierung redet von Integration. Dort wo sie konkret präventiv etwas tun kann, entpuppt sich jeder Satz als leere Worthülse. So ist den Menschen nicht geholfen, so ist den Städten nicht geholfen.

Wir mussten uns bei den Etatberatungen von der CDU vorwerfen lassen, Einsparungen zurückzunehmen, statt Sparvorschläge zu machen. Ich bitte Sie! Das Haushaltssicherungskonzept entlastet den Haushalt um 121 Mio. Euro ! Wissen Sie, was das bedeutet? Damit sind harte Einschnitte verbunden. Weitere 38 Mio. Euro, um den Ausgleich 2015 zu erreichen, das geht eindeutig an die Substanz der Stadt. Wir gehen an die Grenze dessen, was man einer Stadt zumuten kann. Diese Grenze werden wir nicht überschreiten!

Anders als die FDP. Sie fordern: „Ärmel hochkrempeln und die Stadt verändern“. Mir ist klar, was Sie unter „verändern“ verstehen: RWE- Aktien verkaufen, Gelsenwasser Anteile verkaufen, Alten- und Pflegeheime verkaufen, Reinigungsdienst privatisieren ... Das ist insgesamt: unsinnig, unsozial, untauglich! Haben sie auch nur eine Sekunde daran gedacht, dass wir bei den Alten- und Pflegeheimen über Menschen reden und nicht - wie Sie sagen Herr Lücking - über ein „großes Loch, in das wir Geld schmeißen“. Es geht um die alten Menschen, die in den Heimen wohnen; es geht um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter die dort gute Arbeit leisten. Machen Sie sich das bewusst und entscheiden Sie dann neu und anders!

Die Vorschläge der CDU haben eine ähnliche Qualität. Sie präsentieren stolz eine Einsparsumme von 42 Mio. Euro und stellen sich als große Sanierer hin. Die meisten Maßnahmen entpuppen sich schnell als undurchdachte Luftnummern. Und ehrlich gesagt: Wenn ich eine Personalkosteneinsparung von 2,5 Mio. Euro pro Jahr ansetze - als Ergebnis einer Untersuchung, die es noch gar nicht gibt und für die ich auch gar kein Geld bereitstelle, dann spricht das Bände über ihre finanzpolitische Kompetenz. Sie haben die 2,5 Mio. Euro, wie Sie zugegeben haben, Herr Franz, „einfach mal als Wert zugrunde gelegt“. Ihr ganzer Antrag ist doch ein Kartenhaus, das beim geringsten Lüftchen

zusammenbricht!

Externe Beratungsunternehmen - die bittere Erfahrung haben andere Städte längst gemacht - liefern Ergebnisse, die sich am Maßstab Zahlen orientieren. Die hat das GPA schon ungefragt und umsonst geliefert. Für Sozialdemokraten zählt der Maßstab Mensch, und das, was wir kürzen und streichen und einsparen, muss sozial verantwortbar sein.

Die plausibelste Form der Einsparung ist sicher noch die demografische Anpassung. Die müssen wir konsequenter angehen, aber auch hier die Menschen, die betroffen sind, im Auge behalten. Wir sind bei der Schulentwicklungsplanung sehr vorsichtig, sehr umsichtig vorgegangen. Obwohl rein rechnerisch 16 Schulen geschlossen werden könnten, haben wir einen Weg gewählt, den Eltern, Schülerinnen und Schüler und Lehrerkollegien mitgehen können. Intensive Gespräche mit Eltern und Schulleitungen haben zu der Entscheidung geführt, dass die Schullandschaft nicht im Hauruckverfahren, sondern in kleinen Schritten verändert wird.

Gleiches gilt für die Spielplätze. Es werden sicherlich nicht mehr alle gebraucht. "Kurze Wege für kurze Beine" forderte die Bezirksvertretung in Wattenscheid. Aber was tun, wenn keine kurzen Beine mehr da sind? Wir tun gut daran, die gesamtstädtische Situation zu untersuchen und daraus Konsequenzen zu ziehen. Erst dann lässt sich beurteilen, ob es sinnvoll ist, Spielplätze dort, wo viele Kinder leben, besser auszustatten und vor allem zu pflegen und dafür andere, längst nicht mehr genutzte aufzugeben.

Frau Oberbürgermeisterin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, das Haushaltssicherungskonzept ist ein drastisches Sparprogramm. Trotzdem ist es uns bisher gelungen, den Haushalt zu konsolidieren, ohne Strukturen zu zerstören. Ein Verein, der wegen gestrichener Zuschüsse seine soziale Arbeit aufgibt, steht nie mehr zur Verfügung. Eine Einrichtung, die wir jetzt schließen, ist ein für allemal verloren. Darum werden die Zuschüsse an Vereine, Verbände und Selbsthilfegruppen auch im Haushalt 2011 nicht gekürzt.

Institutionen und Einrichtungen, auf die wir bauen können, die das Leben in dieser Stadt entscheidend prägen, ob im sozialen oder im kulturellen Bereich, im Sport oder in der Jugendarbeit, werden wir über die schwierige Zeit des Nothaushaltsrechts hinüberretten und erhalten bis es wieder entspannter zugeht.

Die FDP geht einen anderen Weg. Mit Schließungen und Verkäufen glauben Sie, die Stadt zu retten. Sie tun das Gegenteil! Das Kulturhauptstadtjahr ist beendet, wir freuen uns über den großen Zuspruch. Und jetzt gehen Sie daran, die Kultur in Bochum zu zerschlagen. Sie geben die Bochumer Symphoniker auf, schließen das Museum, bedrohen die Freie Szene.

Damit errechnen Sie eine Einsparung, die gerade ausreicht, um die Mehrkosten auszugleichen, die uns der Bund aufs Auge drückt. Oder etwa den Einnahmeausfall, wenn die Gewerbesteuer wegfällt? Was bleibt von dieser Stadt? Sie wird ziemlich trist und öde - und vor allem unsozial!

Das geht mit Sozialdemokraten nicht. Deshalb haben wir das Haushaltssicherungskonzept an einigen Punkten korrigiert. Wir werden die Zweigstellen der Stadtbücherei erhalten. Wir glauben, dass - auch wenn aufwändige Prüfungen durchgeführt werden müssen und der Spareffekt nur zum Teil realisiert wird, es vielleicht auch andere Lösungen gibt. Gleiches gilt für die Musikschule. Statt das Angebot rigoros zu kappen; lässt es sich auch so verändern, dass die Einnahmesituation sich verbessert. Die Musikschule, das dürfen wir nicht vergessen, ist - ebenso wie andere Kultureinrichtungen - auch ein wichtiger Standortfaktor. Ein Aufnahmestopp würde das Ende einläuten.

Wir haben in den Fachausschussberatungen deutlich gemacht, dass wir den Maßnahmen, die wir vor einem Jahr aus gutem Grund abgelehnt haben, auch heute nicht zustimmen. Das konnte die Verwaltung nicht ernsthaft erwarten. Wir unterstellen dabei keinen bösen Willen, vielleicht eher - nachvollziehbare - Ratlosigkeit.

Trotz aller Notwendigkeit, den Haushalt zu konsolidieren, um aus den Zwängen des § 82 herauszukommen, haben wir Kürzungsvorschläge zurückgenommen:

- Wir wollen, dass die Schulen das Geld behalten, über das sie eigenverantwortlich verfügen und das sie dringend für Anschaffungen brauchen.
- Wir wollen, dass so ein wichtiges Bildungsangebot wie die Bücherei in Querenburg oder in Gerthe auch in Zukunft vorhanden ist.
- Wir wollen, dass es dort, wo sie gebraucht werden, gute und gepflegte Spielplätze gibt.
- Wir wollen, dass Brauchtumsveranstaltungen und Traditionsfeiern, die den Menschen hier wichtig sind, weiterhin stattfinden und haben daher die weitere Gebührenerhebung abgelehnt.
- Wir wollen, dass die Sportvereine, die wichtige Jugendarbeit leisten mit großem ehrenamtlichen Engagement, ordentliche Sportanlagen vorfinden. Deshalb lehnen wir es ab, die Sportinvestitionen um 300.000 Euro zu kürzen. Die Sportvereine haben durch Kürzungen in der Vergangenheit und im jetzigen Haushaltssicherungskonzept bereits große Einschränkungen hinzunehmen.
- Und wir wollen, dass die Tiergehege erhalten bleiben. Die kleinen Ausflugsziele mit kurzen Wegen haben für Familien eine so große Bedeutung. Der Beitrag zur Rettung des Haushaltes steht in keinem Verhältnis zu dem, was wir mit einer Schließung anrichteten.

Das soziale Gesicht dieser Stadt wahren, das gilt auch für den Umgang mit den

Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung. Der Abbau von 730 Stellen ergibt die 40 Millionen Euro, die gezwungenermaßen einzusparen sind. Ob das vorausschauend ist, steht auf einem anderen Blatt. Hinter dem Stellenabbau steht immer auch ein Wegfall von Leistungen. Nur ein Teil lässt sich durch Umstrukturierungen auffangen. Und auch Leistungsverdichtungen haben ihre Grenzen. Wir stehen weiterhin dazu, dass es keine betriebsbedingten Entlassungen geben wird. Und wir stehen weiterhin dazu, dass die Stadt ausbilden muss. Wie können wir an Wirtschaftsbetriebe appellieren, wenn die Stadt selber nicht Vorbild ist? Das geht nicht!

Im selben Augenblick, in dem wir dem Bürger gegenüber rechtfertigen, warum Personal eingespart und Leistungen eingeschränkt werden, erwartet die Bundesregierung, dass die Stadt elf Mitarbeiter für den elektronischen Personalausweis bereitstellt! Sparen wir dafür?

Erst wenn alle staatlichen Ebenen es ernst meinen mit der Stabilisierung der Kommunal Finanzen, dann sehe ich auch für Bochum bald wieder die Chance, investieren zu können. In die Infrastruktur dieser Stadt, in Stadtentwicklung, in Schulen. Und das müssen wir!

Wir sind dabei, die Schullandschaft weiterzuentwickeln und zu verändern. Die neuen Schulbauten: Hauptschule-Wattenscheid, Erich-Kästner und das Neue Gymnasium sind dafür richtungsweisend.

Wir werden uns jetzt konkret mit der Entwicklung des alten Justizzentrums auseinandersetzen. Wir wollen eine Lösung finden, die die Stadt vom Einzelhandelsangebot her ergänzt und bereichert. Die Konkurrenz von Ruhrpark und Nachbarstädten wächst. Dem muss die Innenstadt standhalten. Und wir wollen eine Lösung, die städtebaulich überzeugt. Eine Abkapselung von bestehenden innerstädtischen Verkaufsflächen wird es nicht geben.

Wir haben eine neue Fachhochschule, die demnächst auf den Gesundheitscampus ziehen wird. Wir werden uns darum kümmern müssen, dass wir Studentinnen und Studenten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Infrastruktur anbieten können, die sie brauchen, um in Bochum leben zu können und sich hier wohl zu fühlen.

Die Investitionen der Ruhr-Universität sind wichtig. Auch die West-Erweiterung ist eine unverzichtbare Maßnahme angesichts des doppelten Abiturjahrgangs, mit dem die Unis 2013 fertig werden müssen. Es ist auch unser Ziel, dass die Studentinnen und Studenten in Bochum gute Studienbedingungen vorfinden. Damit dafür Freifläche nicht zu sehr in Anspruch genommen wird, haben wir einen Kompromiss erzielt. Das "Nein" der CDU im Umweltausschuss, das eine 50 Mio. Euro Investition gefährdet, ist mir völlig unverständlich.

Die U 3 Betreuung gehört für uns zu den wichtigsten Aufgaben. Auch hier baden wir die Versäumnisse der schwarz-gelben Landesregierung aus. Bei einer landesweiten Bedarfsdeckung von 14 Prozent bleibt bis 2013 noch einiges zu tun. Bochum steht mit 19 % gut da, aber dennoch müssen wir die Anstrengungen verstärken. Wir werden den Rückfluss der Landesmittel von 4,2 Mio. Euro nicht einsparen, sondern dafür nutzen, den Ausbau zu beschleunigen. Wir setzen alles daran, den Eltern, die einen Platz brauchen, auch einen anbieten zu können.

Dass die Kommunen in großer Not sind, dafür gibt es in der Öffentlichkeit viel Verständnis. Dass daraus Sparmaßnahmen folgen, reduziert das Verständnis dann allerdings beträchtlich. Wir werden den Haushalt sanieren, ohne dass Strukturen, die das Leben in dieser Stadt ausmachen, zerstört werden. Wir kriegen das aber nicht so hin, dass keiner etwas merkt. Gebühren steigen, Leistungen werden eingeschränkt.

Ich bin allen dankbar, die das *Bochumer Bündnis für Arbeit und soziale Gerechtigkeit* initiiert haben. Das Bochumer Bündnis will wachrütteln. Die Menschenkette, die wir im Oktober um das Rathaus herum gebildet haben, war ein eindrucksvolles Zeichen. Eine Stadt, die die sich wehrt. Gemeinsam! Nicht Kindergärten oder Kultur, wie Sie es formuliert haben, Herr Lücking. Genau dieses Auseinander-Dividieren, dieses Gegeneinander-Ausspielen - das gerade will das Bochumer Bündnis überwinden. "Wir schützen unser Rathaus, wir halten unsere Stadt zusammen" - heißt das Ziel. Die Aktion richtet sich gegen die Sparmaßnahmen, aber nicht gegen die Stadt!

Zum Schluss gilt der Dank meiner Fraktion den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kämmerei, die ja nicht nur mit der NKF Umstellung einiges zu leisten hatten, auch die knappe Folge der Haushaltsberatungen seit 2009 erlaubt kein Durchatmen. Und kaum ist das alles geschafft, kommt die Politik auch noch mit ihrem wirkungsorientierten Haushalt! Aber ich glaube, wenn das dann auch noch geschafft ist, haben wir alle insgesamt mehr Durchblick und ein besseres Gefühl bei den Haushaltsberatungen.

Frau Oberbürgermeisterin, erlauben Sie mir, am Ende meiner Rede ausnahmsweise einen Amtskollegen zu zitieren: Klaus Wowereit hat gesagt: "Die Zukunft Deutschlands entscheidet sich in den Kommunen. Von ihrer Leistungsstärke hängt die Lebensqualität ab." Dem ist nichts hinzuzufügen.